

Stellungnahme des bayerischen Handwerks zum

Vorschlag der Europäischen Kommission für die Überarbeitung der Verordnung über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen

vorgelegt von:

Bayerischer Handwerkstag e.V.
Präsident: Dipl.-Ing. Franz Xaver Peteranderl
Hauptgeschäftsführer: Dr. Frank Hüpers
Max-Joseph-Straße 4
80333 München
Telefon 089 557501
Telefax 089 557522
E-Mail: bht@bht-muenchen.de
Internet: www.dasbayerischehandwerk.de

Registriernummer im EU-Transparenzregister:
598056927276-08

Stand: 21.12.2022

Kurzvorstellung des Bayerischen Handwerkstages

Der Bayerische Handwerkstag (BHT) vertritt als Spitzenorganisation der bayerischen Handwerkskammern und -verbände in allen Grundsatzfragen die Gesamtinteressen des bayerischen Handwerks mit seinen rund 209.500 Betrieben, 947.000 tätigen Personen und einem Umsatz von rund 131 Milliarden Euro im Jahr 2021. Dem BHT gehören die 6 bayerischen Handwerkskammern, 45 Landesfachverbände des bayerischen Handwerks sowie 11 wirtschaftliche und sonstige Einrichtungen an.

1. Unsere Position zum Entwurf der Verordnung im Überblick

Vorschlag EU-Kommission: Höchstbetrag von 275 000 EUR für De-minimis-Leistungen

Die Erhöhung des Wertes sehen wir positiv und würden eine Anhebung auf 300 000 Euro begrüßen.

Vorschlag EU-Kommission: Einführung eines verbindlichen öffentlichen Registers

- Einem Register können wir nur unter Vorbehalt zustimmen.
- Die besten Lösungen wären für uns eine Freistellung der Beratungen über die AGVO, losgelöst von De-minimis, sowie die Einführung einer Bagatellgrenze für KMU pro förderfähigem Vorgang in Höhe von 2.500 Euro.
- Wir sprechen uns für ein nationales Register aus.
- Das Register darf nicht öffentlich einsehbar sei.
- Einen Einblick in das nationale Register sollten nur zuwendungsgebende Stellen, Kammern / Fachverbände, Berater/innen und die jeweiligen Betriebe erhalten.
- Wir möchten Eintragungen in das nationale Register vornehmen können. Das Akkreditierungssystem für den Zugang darf nicht zu kompliziert sein.
- Der Umsetzungszeitraum für das Register muss auf mindestens 12 Monate verlängert werden. Die vorgeschlagenen 6 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung sind viel zu kurz, um ein solches Register inhaltlich und EDV-technisch in Abstimmung mit den beteiligten Akteuren umzusetzen.
- Als Akteure vor Ort möchten wir in die Planungen des Registers einbezogen werden.
- Eine doppelte Dokumentation in der Übergangsphase in Form von Bescheinigungen und Eintragungen im Register sollte nur bei Bedarf erfolgen.
- Die elektronische Abgabe von De-minimis-Bescheinigung sollte zulässig sein.
- Bei der Umsetzung des Registers stellen sich praktische Fragen, z. B. im Hinblick auf die Kontrolle der Erreichung der De-Minimis-Höchstgrenze und den möglichen Folgen, die Berücksichtigung von Festbeträgen, den Datenschutz und die Pflege des Registers. Hier sind Lösungsansätze vorzulegen.

2. Ausgangslage: De-minimis-Regelung für KMU

Grundsätzlich begrüßt das bayerische Handwerk die De-minimis-Regelung, da sie es gerade kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ermöglicht, in einem genau abgesteckten Rahmen Förderungen zu erhalten, ohne dass diese als wettbewerbsverzerrend eingestuft werden. Leider hat die De-minimis-Regelung in der Praxis zu einem erhöhten Aufbau von Bürokratie geführt, weil bei jedem Unternehmen - insbesondere auch bei der Beratung durch Kammern und Fachverbände - geprüft werden muss, ob der De-minimis-Schwellenwert erreicht wird.

Die besten Lösungen wären deshalb für uns:

- Einführung einer Bagatellgrenze für KMU pro förderfähigem Vorgang in Höhe von 2.500 Euro.
- Ergänzung in der AGVO zur Anerkennung der Beratungsleistung der Handwerksorganisationen.

Nur weil sich bislang keine dieser Forderungen umsetzen ließ, haben wir grundsätzlich die Idee eines Transparenzregisters erörtert. Wir möchten aber betonen, dass wir dabei erhebliche bürokratische Lasten befürchten und wir die Einführung eines Transparenzregisters nur als Ultima Ratio sehen. Erfahrungen aus den anderen Mitgliedstaaten mit einem solchen Register lassen sich nicht einfach auf Deutschland übertragen, weil wir eine Handwerkskammerstruktur mit einem Beratungssystem für die Mitglieder haben, die bislang unter die De-minimis-Regelung fällt.

3. Position des bayerischen Handwerks zu den Vorschlägen der EU-Kommission

Die Europäische Kommission schlägt bei ihrer Überarbeitung der Verordnung über die De-minimis-Beihilfen zwei Änderungen vor, die wir wie folgt bewerten:

a) Vorschlag EU-Kommission: Höchstbetrag von 275 000 EUR für De-minimis-Leistungen

Der Höchstbetrag für die De-minimis-Beihilfen, die ein einzelnes Unternehmen in einem Zeitraum von drei Jahren je Mitgliedstaat erhalten darf, soll auf 275 000 EUR angehoben werden, um die Inflation zu berücksichtigen.

Diesen Vorschlag begrüßen wir ausdrücklich und würden sogar eine Erhöhung auf 300 000 EUR befürworten. Für die Erhöhung spricht neben der Anpassung an die Inflation auch die sich ergebende deutliche Verwaltungsvereinfachung bei den Investitionen und die damit verbundene langfristige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Es wäre so im Handwerk möglich, die regionalen Betriebe zu stärken und zugleich die Regionen durch unternehmerische Investitionen zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen würden so berücksichtigt.

b) Vorschlag EU-Kommission: Einführung eines verbindlichen öffentlichen Registers

Es soll ein verbindliches öffentliches Register für gewährte De-minimis-Leistungen auf nationaler oder auf EU-Ebene innerhalb von sechs Monaten nach Verabschiedung der Verordnung eingeführt werden, in welchem die Mitgliedstaaten die vollständigen Informationen über die gewährten De-minimis-Beihilfen für ein Unternehmen bereitstellen.

Wir sprechen uns unter Vorbehalt (zur Erläuterung siehe Punkt 2) für ein nationales Register aus. Das Register muss den Verwaltungsaufwand senken und darf nicht öffentlich einsehbar sei.

Da sich die De-minimis-Grenze immer nur auf die Förderung eines Mitgliedstaates bezieht, bedarf es keines europäischen Registers, welches einen grenzüberschreitenden Einblick gewährt.

Angesichts der begrenzten Höhe der De-minimis-Leistung, die eine Wettbewerbsverzerrung per se ausschließen soll, und angesichts der erhobenen Datenmenge und des Datenschutzes sprechen wir uns gegen ein öffentlich zugängliches Register aus. Es sollten nur zuwendungsgebende Stellen, wie Behörden, Kammern und Fachverbände, und die jeweiligen Betriebe Einblick erhalten. Der damit verbundene Akkreditierungszugang darf nicht zu kompliziert sein.

Die zuwendungsgebenden Stellen müssen eigenständig Eintragungen in das nationale Register vornehmen können. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass die Eintragungen zeitnah erfolgen und die zuwendungsgebenden Stellen direkt die Beträge einsehen und prüfen können, ob eine weitere Zuwendung noch innerhalb der De-minimis-Grenze liegt. Eintragungsbefugt muss deshalb jede beihilfegebende Stelle inklusive den Handwerksorganisationen sein.

Im Hinblick auf die Erfassung eines Unternehmens müsste eine eindeutige Identifizierungsnummer (ID) vergeben werden. Hier empfiehlt sich der Rückgriff auf die Steuernummer.

Der Umsetzungszeitraum für das Register muss auf mindestens 12 Monate verlängert werden. Die vorgeschlagenen 6 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung sind viel zu kurz, um ein solches Register inhaltlich und EDV-technisch in Abstimmung mit den beteiligten Akteuren aufzubauen und umzusetzen. Bei der Umsetzung stellen sich viele praktische Fragen, z. B. im Hinblick auf die Kontrolle der Erreichung der De-Minimis-Höchstgrenze und den möglichen Folgen, den Umgang mit Festbeträgen, den Datenschutz sowie die Pflege des Registers. Hier sind Lösungsansätze vorzulegen. Als Akteure vor Ort möchten wir in die Planungen des Registers einbezogen werden.

4. Vereinfachungen

Bei allen anstehenden Änderungen und in der Übergangsphase ist es von zentraler Bedeutung, die Bürokratielast für Unternehmen und zuwendungsgebenden Stellen, insbesondere auch Kammern und Fachverbände, so gering wie möglich zu halten.

- Elektronische Abgabe der De-minimis-Bescheinigung

Eine schnelle umsetzbare Erleichterung wäre es, wenn die Abgabe der De-minimis-Bescheinigung in elektronischer Form zulässig wäre und nicht mehr wie bislang postalisch versendet werden müsste. Dies würde zu einer Entlastung bei der Zustellung der Bescheinigungen führen, die Verwaltungskosten senken und einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten.

- Einführung einer Bagatellgrenze für KMU

Förderleistungen, die unter die De-minimis-Regelung fallen, aber eine bestimmte Bagatellgrenze nicht überschreiten und deren Nachweis einen zu hohen Verwaltungsaufwand bedeuten würde, könnten als nicht marktrelevant eingestuft werden. Darunter sollen finanzielle Zuwendungen oder Leistungen für KMU fallen, die einzeln die Summe von 2.500 Euro (Subventionswert) auf nationaler Ebene nicht übersteigen und damit nicht angabepflichtig wären. Die Erfahrung zeigt, dass solche vergleichsweise kleinen Summen in der Praxis nur selten mehrfach beantragt werden und auch dann in Summe keinen nennenswerten Beitrag zur Erreichung des Schwellenwertes leisten.

- Doppelte Dokumentation in der Übergangsphase nur bei Bedarf

Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass das bisherige System zur Dokumentation von De-minimis-Leistungen sowie das künftige Zentralregister für den Zeitraum der beiden vorangegangenen Steuerjahre sowie für das laufende Steuerjahr parallel bestehen und genutzt werden müssen.

Um den bürokratischen Aufwand weitestgehend zu minimieren, sollte es möglich sein, dass Unternehmen bei Einführung des Zentralregisters alternativ bei entsprechender Sachlage bestätigen können, dass sie in den vergangenen zwei Steuerjahren und im laufenden Steuerjahr keine De-minimis-Beihilfen erhalten haben, sodass die Erfassung und Dokumentation nur noch über das Register erfolgen kann.